

**Auslöser der politischen Debatte sind mögliche Auswirkungen der angekündigten Reform des Lehrplans, die laut ersten Entwürfen zu einer Reduktion von Unterrichtsstunden auch in lebenden Fremdsprachen wie Kroatisch oder Ungarisch führen könnten.**

**Resolution gegen Kürzungen bei VG-Sprachen**

(Auszugsweise aus: [volksgruppen.orf.at/slovenci/meldungen](http://volksgruppen.orf.at/slovenci/meldungen), 24.4. 2026)

„Die Vorsitzenden des Beirates der kroatischen Volksgruppe zeigen sich erfreut über den im burgenländischen Landtag einstimmig beschlossenen Entschließungsantrag, der die Bundesregierung auffordert, sicher zu stellen, dass es im Zuge der angekündigten Bildungsreform zu keinen Kürzungen bei den Sprachen der autochthonen Volksgruppen kommt.

Beiratsvorsitzender Harald Ladich und sein Stellvertreter Josef Buranits begrüßen in einer Aussendung auch den Wortlaut des Antrags, dass Volksgruppen-Vertretungen verpflichtend eingebunden werden sollen, bevor strukturelle Änderungen im Sprachunterricht vorgenommen werden.

„Es ist ein starkes und wichtiges Signal, dass im Burgenland parteiübergreifende Einigkeit herrscht, wenn es um die Absicherung unserer Volksgruppen geht“, betont Vorsitzender Harald Ladich.

Die Debatte im Landtag habe klar gezeigt, dass alle Fraktionen die Bedeutung der Volksgruppen für Identität, Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt anerkennen.

Stellvertreter Josef Buranits unterstreicht: „Bei Gesetzesnovellen wird oft übersehen, dass die autochthonen Volksgruppen besonders im Bildungsbereich besondere Anforderungen haben. Diese brauchen eine solide Begutachtung, eine sensible Würdigung und eine frühzeitige Einbindung der Betroffenen. Die heute beschlossene Forderung des Landtages ist daher nicht nur notwendig, sondern eine logische und sachlich gebotene Vorgangsweise.“

Auslöser der politischen Debatte sind mögliche Auswirkungen der angekündigten Reform des Lehrplans, die laut ersten Entwürfen zu einer Reduktion von Unterrichtsstunden auch in lebenden Fremdsprachen wie Kroatisch oder Ungarisch führen könnten. Der Landtag in Eisenstadt/ Železno habe klargestellt, dass Sprachen der autochthonen Volksgruppen nicht unter Reduktionsmaßnahmen fallen dürfen, da dabei der Spracherhalt der Volksgruppe geschwächt wird.

Die vorgestellte Autonomie der Schulen sieht man kritisch, da man weiß, dass „kleine Sprachen“ (Minderheitensprachen) unterrepräsentiert sind,

*obwohl sie offizielle Amtssprachen des Landes sind und dies berücksichtigt werden müsste.*

*Alle Parteien haben im Landtag die zentrale Rolle der Volksgruppen für das kulturelle Erbe des Burgenlandes und die Verantwortung des Landes, diese aktiv zu schützen, betont, so Ladich und Buranits, die ihrer Aussendung die einstimmig angenommene Resolution anfügten.*

### ***Wortlaut des Entschließungsantrags***

*Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge:*

- gewährleisten, dass es im Rahmen einer Bildungsreform zu keinen Kürzungen bei Sprachen der autochthonen Volksgruppen als lebende Fremdsprache kommt;*
- eine verbindliche Einbindung der Volksgruppenvertretungen sicherzustellen, bevor strukturelle Änderungen im Sprachunterricht vorgenommen werden.*

*„Wir werden diesen Prozess weiterhin konstruktiv begleiten und stehen für Gespräche mit Bund und Ländern jederzeit bereit“, so Ladich und Buranits abschließend.“*